

Banken- und Verschuldungskrise im November 2011

„Sorry Deutschland. Die Geschichte hat sich wieder einmal gegen euch verschworen. Ihr müsst zwei Billionen Euro rüberschieben, eure Zentralbank korrumpieren und 5 % Inflation akzeptieren, oder ihr werdet für die Götterdämmerung verantwortlich gemacht. Das ist nicht fair, aber das ist, was Währungsunion immer bedeutet hat. Haben sie euch das nicht gesagt?“

(Ambrose Evans Pritchard, Kolumnist des Daily Telegraph, 27.09.11)

Von den „Giftmüll“-Entsorgungsspezialisten der Banken lernen, heißt siegen lernen. Dementsprechend versuchen sich nun auch die Brüsseler Finanz-Alchimisten in der „Hoch-x-Hebelung“ der Mittel des erst jüngst durch die Parlamente getriebenen Staats- bzw. Bankenrettungsfonds EFSF, um auch allen anderen Aspiranten einen Platz an der „Bailout“-Sonne sichern zu können. Die Quadratur des Kreises zur Euro-Rettung wird der Politik aber damit wieder nicht gelingen, denn alle Versuche, Pleitebanken, die sich mit den Anleihen europäischer Pleitestaaten im „Wert“ von rund 700 Mrd. Euro (Quelle: Morgan Stanley) vollgesogen haben, durch eben diese Pleitestaaten wieder retten zu wollen, sind offensichtlich zum Scheitern verurteilt.

„Gebt mir einen Hebel, der lang genug, und einen Angelpunkt, der stark genug ist, dann kann ich die Welt mit einer Hand bewegen.“ (Archimedes, 287 - 212 v. Christus)

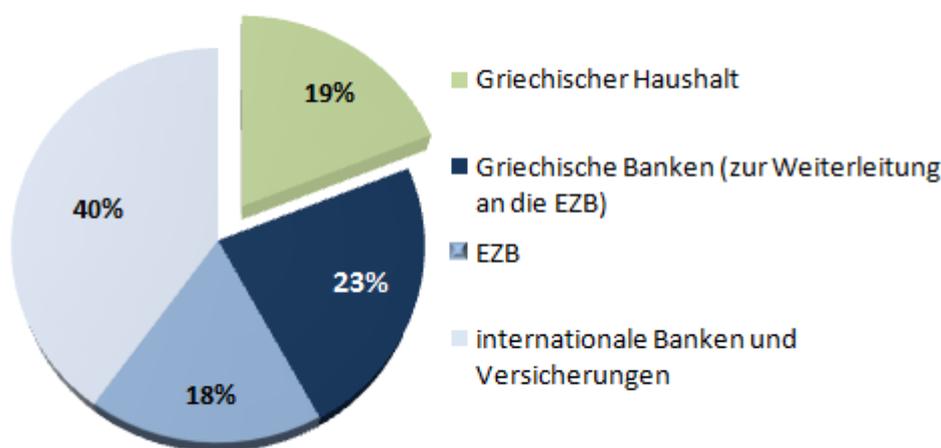
„Wir haben heute Nacht [27.10.2011] gezeigt, dass wir die richtigen Schlüsse aus der Krise ziehen“, lobte sich eine zuvor vom Bundestagskollektiv mit einer Hebelungs-Blankovollmacht ausgestattete Bundeskanzlerin Merkel. Um *„Schaden vom deutschen Volk abzuwenden“* soll der Gläubigerschutzschirm EFSF unter Einbeziehung der bei jeder Gelegenheit verteufelten Ratingagenturen nun auf Billionenhöhe „ertüchtigt“ werden; mit jenen Finanzinstrumenten - CDO´s oder Zweckgesellschaften, wer weiß das schon? -, die die Finanzkrise seit 2007 entscheidend mit verursachten. Hatten sich damals vor allem staatliche Landesbanken über diese Vehikel erfolgreich ins Jenseits gehandelt, wollen es ihnen nun europäische Spitzenbeamte gleichtun, nur, dass jetzt Staaten als Jeton auf dem Casinotisch liegen - was für eine Lernkurve!

Da von den 440 Mrd. Euro des EFSF bereits hohe zweistellige Milliardenbeträge an *„Feuerkraft“* (Angela Merkel und das Unwort des Jahres 2011?) schon zuvor nach Portugal, Irland und Griechenland geflossen sind und weitere 100 Mrd. Euro nach Athen getragen werden sollen, muss dann ja nur noch der Rest - ca. 250-275 Mrd. Euro - auf den kompletten 918,4 Mrd. Euro-Refinanzierungsbedarf der PIIGS (bis 2013) in Richtung eine Billion gehandelt werden. Verlore allerdings das auf der „AAA“-Abschussliste an oberster Stelle stehende Frankreich sein Top-Rating, würde sich die Kreditvergabekapazität des EFSF schlagartig um 35 % (!) verringern, sodass dann nur noch ca. 64 Mrd. Euro gehandelt werden könnten! Da sich dann aber wiederum auch Deutschlands Kreditausblick als einzig ernsthaft in Betracht zu ziehender Zahlmeister aller PIIGS-Schulden ebenso schlagartig negativ verändern würde, werden die (Ver-)Hebelungskünstler für diesen Fall wohl auch schon wissen, wie man aus ... Null eine Billion macht.

„Was wir nicht machen dürfen ist, das Vertrauen aller Anleger zu zerstören. [...] Sonst legt niemand mehr sein Geld in Europa an.“ (Angela Merkel, 25.09.2011)

Trotz einer pleitebestätigenden „Schulden tragfähigkeitsanalyse“ der Troika (IWF, EU und EZB) sollen Griechenland nach mehr als einjähriger „alternativloser“ Insolvenzverschleppung von den mittlerweile auf rund 360 Mrd. Euro angewachsenen Schulden ganze 28 % davon gestrichen werden - zulasten aller Privatinvestoren (Banken, Versicherungen). Natürlich ist die Umsetzung der EU-Pläne „freiwillig“ und gewohnt alternativlos, denn, so Frau Merkel, „wir haben nur ein einziges Angebot gemacht.“ Das alles soll, sofern sich die Gauklertruppe in Brüssel nicht schon wieder einmal kräftig verrechnet hat, neben kräftigen Sparprogrammen und neuen Troika-Krediten für sich selbst (siehe Grafik) genügen, Griechenland bis 2020 für den Gang auf den Kapitalmarkt vorzubereiten.

8 Mrd. Euro Rettungsgelder - Wer wird hier gerettet?



Quelle: TF Market Advisors, Darstellung Mack & Weise 09.11.2011

Mit diesen von den EUrokraten als „dauerhafte Lösung“ (Nikolas Sarkozy) angesehenen Maßnahmen eröffnen sich dem Land bis dahin aber eher noch nie gesehene Perspektiven ... auf einen zweiten, dritten, vierten ... Schuldenschnitt!

Denn bei allem versprühten Optimismus - „Griechenland kann jetzt ein für alle Mal seine Rechnungen der Vergangenheit begleichen.“ (Ex-Regierungschef Papandreou) - nun zu glauben, dass die die Defizitkultur der Griechen völlig ausblendende prognostizierte Gesamtverschuldung von dann „nur“ noch 120 % im Jahr 2020 kein Problem darstellen soll, ist angesichts der aktuellen Turbulenzen um Italien, der immerhin (noch) achtstärksten Industrienation der Welt, schlichtweg bizarr. Nach den Rettungsmilliarden ist vor den Rettungsmilliarden, nach dem Schuldenschnitt ist vor dem Schuldenschnitt!

„Schulden sind das Einzige, was man ohne Geld machen kann.“ (Karl Pisa, österreichischer Politiker)

Interessant bleibt nun zu beobachten, wie das „hair cut“-Tabu-Bruch-Signal der EUrokraten die Sparbemühungen aller Euro-Peripheriestaaten langfristig

beeinflussen wird. Klar ist jedenfalls schon heute, dass selbst das gerade ins Rampenlicht gezogene Italien auf Dauer keine Lust haben wird, das „dolce vita“-Leben aufzugeben und sich lieber zu „sozialistischen Vorzugskonditionen“ in den EFSF hinein retten lassen wird. *„Ich kann nicht das Rentensystem umbauen, um den Deutschen einen Gefallen zu tun. [...] Dann machen uns die Leute fertig“*; beschreibt Lega-Nord-Chef Umberto Bossi nicht nur das Wahlrisiko der italienischen Politik treffend, sondern zugleich auch das aller anderen trotz Schuldenkrise weiterhin Wohlstand auf Kosten ungeborener Generationen versprechenden bzw. praktizierenden Politiker dieser Welt.

Warum aber auch sollten die „in debt we trust“-Politiker der PIIGS, die allein im Aufschwungjahr 2010 mit 251,5 Mrd. Euro an neu gemachten Schulden (ER17: +696,5 Mrd. Euro) glaubten aus ihren Schulden herauszuwachsen zu können, auch sparen? Schließlich sind die unter sozialistischen Einheitszinskonditionen angehäuften, leider heute untragbaren 3,12 Billionen Euro Schulden der PIIGS nicht zwingend deren Problem, sondern das der diese Staaten finanzierenden, leider aber heute ebenso insolventen Banken. Also bekommt jetzt der deutsche Steuerzahler „alternativlos“ die Verlustsozialisierungsrechnung dank Bundeskanzlerin Merkel präsentiert, denn *„es wäre nicht vertretbar, das Risiko nicht einzugehen.“*

„Keine Bank darf so groß sein, dass sie wieder Staaten erpressen darf. Das ist für mich der wichtigste Punkt.“ (Angela Merkel, 23.09.2009)

„Gut gebrüllt, Löwe“ möchte man nicht nur Bundeskanzlerin Merkel, sondern auch der Europäischen Bankenaufsicht (EBA) zurufen. Nach der Pleite der als Musterknaben aus der sommerlichen Stresstestinszenierung hervorgegangenen belgisch-französischen Dexia sollen sich nun 91 europäische Banken bis Ende Juni 2012 106,45 Mrd. Euro besorgen - zur Stärkung des Eigenkapitals! ... oder des Scheins?

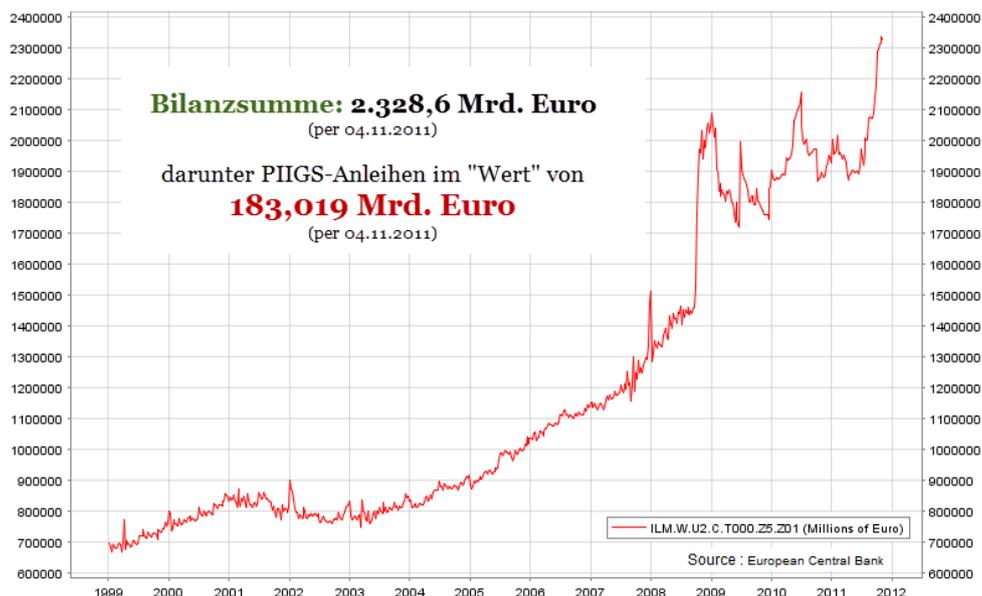
Dass die EBA aber mit ihrer Schätzung nicht nur knapp daneben liegen könnte, verrät schon ein Blick in die jüngste Quartalsbilanz der „systemrelevanten“ Deutschen Bank. Mit 34,1 Mrd. Euro „hartem“ Eigenkapital glaubt sich die Bank mit einer Kernkapitalquote von 10,1 % in einer *„komfortablen Lage“* (Josef Ackermann), vorausgesetzt, man betrachtet nur die von der Bank deklarierten Risikoaktiva in Höhe von 337,6 Mrd. Euro der insgesamt 2,28 Billionen Euro schweren Bilanzsumme (per 30.09.2011). Wenn aber die Bank seit Jahren illiquide (!) Wertpapiere zu Anschaffungspreisen - 49,5 Mrd. Euro - in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft in den Tiefen ihrer Bilanz parken darf oder stolze 893 Mrd. Euro aus „positiven Marktwerten aus derivativen Finanzinstrumenten“ nicht als Risikoaktiva gelten, könnte dieses belegen, dass der von der Finanzlobby „totgekuschelte“ Gesetzgeber über die wahren Probleme in den Bankbilanzen noch nicht einmal ansatzweise nachgedacht hat.

Wer dann aber auch noch die eingegangenen nominalen OTC-Wetten der Bank per Ende 2010 betrachtet, wird bei ausgewiesenen 54,1 Billionen Euro (!) überhaupt keine Fragen mehr haben ... und auch nicht mehr vor der aggregierten Bilanzsumme der Euro-Raum-Banken per Ende 2. Quartal 2011 erschrecken. Diesen 30,67 Billionen Euro steht ein Hauch von Nichts - ein aggregiertes „Eigenkapital“ (Capital and reserves) von 2,16 Billionen Euro - gegenüber, sodass sich auch nach einer

erfolgreichen Kapitalaufnahme im Promillebereich dann Mitte 2012 nichts, aber auch gar nichts an der dramatischen Unterkapitalisierung der Banken geändert hat!

Eine wirkliche, statt mit „*Augenmaß*“ (Bundesbank-Chef Weidmann) und finanzmathematischen Verluste-versteckt-euch-Spielchen der Europäischen Bankenaufsicht (EBA) geleitete Rekapitalisierung des Bankensektors kann angesichts der erforderlichen Billionenbeträge aber weder von den Märkten und schon gar nicht von den Staaten, sprich deren Steuerzahlern, geleistet werden. Nicht von ungefähr bläht daher die EZB-Spekulantentruppe als selbst ernannter „Retter“ der letzten Instanz jenseits ihres Mandats durch marktpreismanipulierende Aufkäufe von Staatsanleihen der PIIGS-Staaten ihre Bilanzsumme (siehe Grafik) nun in Richtung „*Weimar, wir kommen!*“ auf und macht sich damit endgültig zur Bad Bank Europas. Auch der neue EZB-Chef Draghi aus Italien ist nicht gewillt an diesem Status zu rütteln und kaufte als erste Amtshandlung für rund 9,5 Mrd. Euro vor allem ... italienische Publikumsliebliche auf. Zufälle gibt es!

EZB: Die Logik der "Simbabwe School of Economics"



Obwohl Bundeskanzlerin Merkel bei jeder Gelegenheit betont, „*Eurobonds sind das völlig falsche Mittel, um die Krise zu bewältigen*“, läuft hinter den Kulissen das Eurobonds-Umsetzungsprogramm zulasten der europäischen Steuerzahler durch die EZB auf Hochtouren. Angesichts des Refinanzierungsbedarfs bis Ende 2012 von „to big to safe“-Ländern wie Italien mit 340 Mrd. Euro, Frankreich mit 329 Mrd. Euro oder Spanien mit 162 Mrd. Euro lässt sich bereits heute erahnen, wie viele „Kaufchancen“ die EZB, „eine Institution ohne Liquiditätsbeschränkungen“ (EZB-Monatsbericht September 2011), „zur Stützung der Märkte“ (für den, der es glauben möchte) noch wahrnehmen wird müssen.

„***Ich sehe nichts, was auf eine Rezession hindeutet.***“ (Angela Merkel, 22.08.2011)
Da sich Europas Wirtschaft laut Aussage des luxemburgischen Notenbank-Chefs Mersch „*im freien Fall*“ Richtung erneuter Rezession befindet, sind die nächsten Turbulenzen bereits vorprogrammiert. Denn für den Fall einer Rezession in Europa hat die Ratingagentur Standard & Poor´s vorsorglich schon einmal nicht nur eine

weitere Senkung der Kreditwürdigkeit Spaniens, Italiens oder Irlands, sondern auch die des schwächsten der europäischen (noch) „AAA“-Länder, des zweitgrößten EFSF-Garantiegebers Frankreich um ein bis zwei Stufen in Aussicht gestellt.

All das könnte aber dem eigens für ein „AAA“-Rating-Gütesiegel zurecht konstruierten Schuldenverschiebepark EFSF, noch vor den großen kommenden Staats- und Bankenrettungsaktionen mindestens eine, vielleicht sogar ein paar - gehebelte - Ratingstufen kosten. Ob dann aber sofort das jüngst von der EU zur Durchsetzung der abstrusen eigenen Realitäten angedachte Rating-Verbot (!) erstmals zur Anwendung kommt, bleibt abzuwarten. Schließlich wäre es doch analog dem Rating-Verbots-Entwurf viel einfacher, die Bezahlung von Schulden in jenem „unangebrachten Moment“ zu verbieten, der „negative Folgen für die Finanzstabilität des Staates“ hat!

Sollten aber die aktuellen Entwicklungen in Frankreich, Italien oder Spanien in einen wirtschaftlichen Abschwung ähnlich dem Griechenlands oder Portugals münden, könnte Europas Wirtschaft eine Abwärtsdynamik drohen, die mit der der 1930er Jahre vergleichbar wäre. Da aber die Politik in ihrem Euro-Rettungswahn vermutlich weiter versuchen wird, die gegenseitige Rettung von Pleitestaaten und Pleitebanken zulasten des Steuerzahlers zu organisieren, wird sich eine Aussage des deutschen Bankiers Carl Fürstenberg (1850-1933) erneut bewahrheiten:

„Nicht der Staat geht Pleite, sondern seine Bürger!“



Dipl.-Kfm. Martin Mack



Dipl.-Kfm. Herwig Weise



Volker Schnabel

MACK & WEISE
VERMÖGENSVERWALTUNG

COLONNADEN 96 · 20354 HAMBURG
TEL 040/35 51 850 · FAX 35 51 85 11
INFO@MACK-WEISE.DE · WWW.MACK-WEISE.DE